

## Thailands Premierminister nach Telefonat mit Ex-Strongman suspendiert

Thailands Premierministerin Paetongtarn Shinawatra wurde nach einem skandalösen, veröffentlichten Telefonat mit Hun Sen suspendiert. Eine Ethikprüfung könnte ihre Amtsenthebung nach sich ziehen. Einflussreiche Proteste und politische Unsicherheiten wachsen.



Der umstrittene thailändische Premierminister wurde am Dienstag von seinen Pflichten suspendiert und könnte aufgrund einer **geleakten Telefonkonferenz** mit dem einflussreichen ehemaligen kambodschanischen Führer seines Amtes entoben werden, während eine Ethikuntersuchung eingeleitet wird.

### Politische Unsicherheit in Thailand

Paetongtarn Shinawatra, 38, ist erst seit **10 Monaten** im Amt, nachdem sie ihren Vorgänger ersetzt hatte, der **entlassen**

**wurde.** Ihre Suspendierung bringt frische Unsicherheit in das südostasiatische Königreich, das seit Jahren von **politischen Unruhen** und Führungswechseln erschüttert wird.

## **Ethik-Untersuchung und öffentliche Proteste**

Thailands Verfassungsgericht nahm eine Petition von 36 Senatoren an, die Paetongtarn beschuldigten, die Verfassung verletzt zu haben, da sie bei dem geleakten Anruf ethische Standards missachtete, die von beiden Seiten als authentisch bestätigt wurden. Das Gericht entschied, Paetongtarn von ihren Aufgaben als Premierministerin bis zur Entscheidung im Ethikfall zu suspendieren. Nach einer Umstrukturierung wird sie jedoch weiterhin als Kulturministerin im Kabinett bleiben.

Der Druck auf Paetongtarn, zurückzutreten, wächst zusehends. Anti-Regierungsproteste in der Hauptstadt Bangkok fanden am Samstag statt, nachdem das geleakte Gespräch mit Kambodschas Hun Sen über einen eskalierenden Grenzkonflikt massive öffentliche Empörung ausgelöst hatte.

## **Folgen für die Regierung**

Der Skandal führte dazu, dass die Bhumjaithai-Partei, ein wichtiger Partner in der Regierungskoalition, sich letzte Woche von der Koalition zurückzog. Dies stellte einen schweren Schlag für die Fähigkeit ihrer Pheu Thai-Partei dar, die Macht zu halten. Paetongtarn sieht sich zudem mit sinkenden Zustimmungswerten konfrontiert und muss sich in einem Misstrauensvotum im Parlament behaupten.

## **Das geleakte Gespräch**

Im geleakten Anruf, der am 15. Juni stattfand, war zu hören, wie Paetongtarn Hun Sen „Onkel“ nannte und scheinbar die Aktionen der eigenen Armee kritisierte, nachdem die

Grenzkonflikte zum Tod eines kambodschanischen Soldaten führten. Die thailändische Premierministerin äußerte gegenüber Hun Sen, dass sie unter domestic Druck stehe und forderte ihn auf, nicht auf die „gegnerische Seite“ zu hören, was sich auf einen aufbrausenden thailändischen Armeekommandanten im Nordosten Thailands bezog. Sie erklärte auch, wenn Hun Sen „etwas möchte, kann er es mir einfach sagen, und ich werde mich darum kümmern“.

Ihre Bemerkungen in dem geleakten Audio sorgten in Thailand für Aufregung, und Gegner beschuldigten sie, die nationalen Interessen des Landes zu kompromittieren. Nach dem Urteil erklärte Paetongtarn, dass sie das Gerichtsurteil akzeptiere und ihre Absicht „wirklich im Sinne des Landes“ gehandelt habe.

## **Beziehungen zwischen Thailand und Kambodscha**

Thailand und Kambodscha haben in den letzten Jahrzehnten ein kompliziertes Verhältnis von Zusammenarbeit und Rivalität. Die beiden Länder teilen sich eine 817 Kilometer lange Landgrenze, die größtenteils von den Franzosen während ihrer Besetzung Kambodschas kartiert wurde. Diese Grenze war in der Vergangenheit immer wieder Schauplatz militärischer Auseinandersetzungen und politischer Spannungen.

## **Reaktionen und zukünftige Perspektiven**

Nach dem Skandal versuchte Paetongtarn, ihre Bemerkungen an Hun Sen herunterzuspielen, indem sie in einer Pressekonferenz erklärte, sie habe versucht, Spannungen zwischen den beiden Nachbarn zu entschärfen und der „private“ Anruf „hätte nicht öffentlich gemacht werden dürfen“. Sie betonte zudem, dass sie eine „Verhandlungstaktik“ anwandte und ihre Kommentare „keine Aussage der Loyalität“ seien.

Paetongtarn wurde Premierministerin, nachdem das

Verfassungsgericht entschieden hatte, dass ihr Vorgänger **Srettha Thavisin** gegen ethische Regeln verstoßen hatte und ihn als Premierminister abgewählt hatte. Das **gleiche Gericht hatte auch** die beliebte progressistische Move Forward-Partei des Landes aufgelöst, die die meisten Sitze bei den Wahlen 2023 gewann, und deren führende Mitglieder für 10 Jahre von der Politik ausgeschlossen.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)**